ISTVÁN TISZA UND DER ERSTE WELTKRIEG

Von:
JÓZSEF GALÁNTAI
(Loránd Eötvös Universität in Budapest, Lehrstuhl für neuzeitliche und neueste ungarische Geschichte.

Eingegangen am 15. Mai 1962)

Die Ursachen des Ersten Weltkriegs, die Absichten und Stellungsnahmen der Regierungen und Diplomaten der einzelnen Mächte sowie die Frage der Verantwortung für seinen Ausbruch wurden in den letzten Jahren in der bürgerlichen – besonders in der westdeutschen – Geschichtsliteratur wieder zu oft behandelten Problemen. Dies hat aber keineswegs bei weitem eine Renaissance der umfangreichen Geschichts und Memoirenliteratur der 20er Jahre über diesen Gegenstand zu bedeuten. Die bürgerliche Literatur der 20er Jahre kennzeichnete sich nämlich – von wenigen Ausnahmen abgesehen – durch die Rechtfertigung des Krieges aus dem Gesichtspunkt eines der Beteiligten. In der deutschen Literatur werden die imperialistischen Bestrebungen Englands, Frankreichs und des zaristischen Russlands nachgewiesen, gleichzeitig wurde aber der eroberungssüchtige und agressive Charakter der wirtschaftlichen und politischen Zielsetzungen der deutschen Bourgeoisie geleugnet oder beschönigt. Das gleiche tat, mit entgegengesetztem Vorzeichen, die englische, französische amerikanische Literatur, das Schrifttum der russischen Emigranten usw. Ähnlich war auch die bürgerliche Literatur Ungarns in der konterrevolutionären Epoche eingestellt. Die Memoiren- und Geschichtsliteratur der 20er Jahre war tendenziös, auf die Selbstrechtfertigung eingestellt, war doch der Krieg der Jahre 1914–18 in Wirklichkeit „ein beiderseits imperialistischer (d. h. Eroberungs-, Plündger- und Raub-) Krieg, ein Krieg um die Aufteilung der Welt, um die Aufteilung und Neuaufteilung der Kolonien, der „Interessensphären" usw. des Finanzkapitals."[1] Diese Literatur trug insofern zur Klärung der wirklichen Verhältnisse und Zusammenhänge bei, daß die kriegführenden Parteien einander wechselseitig die imperialistischen Bestrebungen nachwiesen und viele diesbezügliche Einzelheiten und Zusammenhänge aufdecken.

Die gegenständliche bürgerliche Literatur des vergangenen Jahrzehnts hat schon einen ganz anderen Ton. Angeschlagen wurde dieser neue Ton zunächst von den Ideologen der Vereinigten Staaten, in seiner Ausarbeitung spielen hauptsächlich die westdeutschen Historiker eine führende Rolle. Das Wesen dieser neuen Einstellung liegt darin, daß sie die beiden seinerzeit feindlichen,

[1] Lenins Werke, Band 22, Budapest, 1951, Seite 195—196.

jetzt aber gemeinsam marschierenden Lager also den deutschen abenso wie den französischen und englischen Imperialismus von der Kriegsschuld gleichmässig freispricht, und den amerikanischen Imperialismus – da sich die Vereinigten Staaten anfangs nicht militärisch am Kriege beteiligten – ganz übersieht. Diese Einstellung wird gut durch eines der neuesten westdeutschen Standardwerke vertreten: „Die Kriegsschuldforschung, an der sich alle betroffenen Nationen beteiligten, hat zu dem Ergebnis geführt, daß keiner Regierung der Vorwurf gemacht werden kann, sie habe bewußt auf einen allgemeinen Krieg hingearbeitet."[2].

Diese alte Einstellung der wechselseitigen Anschuldigungen sagt der Politik des westlichen Zusammenschlusses gegenüber dem sozialistischen Lager nicht mehr zu. Wie der Amerikaner William Ebenstein schreibt: „Die Diskussion über die Kriegsschuld Deutschlands . . . hat ihre praktische Bedeutung verloren. Unsere Gedanken sind derart mit der russischen Frage beschäftigt, daß die Probleme der vergangenen Kriege nicht mehr bedeutsam genug sind um unsere Aufmerksamkeit von diesem einzigen Hauptproblem abzulenken".[3] In ähnlichem Sinn äußerte sich auf dem internationalen Historikerkongress im September 1955 zu Rom Gerhard Ritter, einer der tonangebenden westdeutschen Historiker, der anriet, man solle die alten Sachen auf sich beruhen lassen: die französischen Historiker sollten aufhören den agressiven deutschen Militarismus vor 1914 zu kritisieren und die Deutschen die Eroberungstendenzen der französischen imperialistischen Politik zu tadeln.[4]. Diese Gedanken wurden in weiten Kreisen der westlichen bürgerlichen Historiker – namentlich in der Deutschen Bundesrepublik – aufgegriffen, da sie den politischen Zielen ihrer Regierungen entsprechen. Offensichtlich geht es hier um die Interessen der Integration des Westens, um die Ausgestaltung einer antisozialistischen Einheit bzw. um deren historische Unterbauung. Ganz besonders entspricht diese Ideologie der gegenwärtigen Politik des wiedererstehenden deutschen Imperialismus. Der mit dem Feuer eines neuen Weltkrieges spielende deutsche Imperialismus verkündet heute keine Weltherrschaftsansprüche wie zu den Zeiten des ersten und zweiten Weltkrieges. Er verlautbart seine imperialistischen Pläne heute „nur" bezüglich Mittel- und Osteuropas und kündet ihre Verwirklichung nur im Bündnis mit den Westmächten – als deren vorgeschobener Posten – an. In der Ausarbeitung der historischen Konzeptionen zur ideologischen Unterbauung dieser politischen Kombination marschiert die westdeutsche Geschichtsschreibung – ebenso wie in der „Ostforschung" – zweifellos an der Spitze.[5] Unter diesen Konzeptionen nimmt die neue Einstellung bezüglich der Ursachen des ersten Weltkrieges eine vornehme Stelle ein.

Die gegenwärtigen Integrationsbestrebungen der monopolkapitalistischen Westkreise – die ihre Historiker auch auf die Vergangenheit rückspiegeln

[2] K. D. Erdmann: Die Zeit der Weltkriege (Bruno Gebhardt: Handbuch der deutschen Geschichte. *8. Ausgabe*, IV. Band), Stuttgart, 1959, S. 22.

[3] Annals of the American Academy of Political and Social Sciencis 1949. Zit. Jerusalemski: Versuche der heutigen reaktionären Geschichtsschreibung zur Rehabilitation des deutschen Imperialismus. Voproszi Isztorii 1953/8.

[4] Zeitschrift für Geschichtswissenschaft. 1961/1, S. 223.

[5] In der ersten programmgebenden Nachkriegsnummer der führenden deutschen „Historischen Zeitschrift" stellte G. Ritter der deutschen Geschichtsschreibung diese Aufgabe zum Ziel (Historische Zeitschrift 1950, Heft 1).

möchten – werden dadurch gestört, daß diese Vergangenheit von ihren blutigen Zusammenstößen untereinander ausgefüllt ist, die sie um die Verteilung der Beute ausgefochten haben. Die Erinnerung daran läßt sich aus dem historischen Bewußtsein der Öffentlichkeit nicht verwischen. Vor allem gilt dies für den, in der Erinnerung der älteren Generationen und auch im allgemeinen historischen Bewußtsein so lebendigen Ersten Weltkrieg, in dem sich die monopolkapitalistischen Kreise Englands, Frankreichs und Amerikas mit den deutschen blutig bekämpften. An der Tatsache des Krieges ist nichts mehr zu ändern, aber man kann die alten Erklärungen über die Ursachen des Krieges – die wesentlich darauf hinausgingen, den Krieg den agressiven Bestrebungen der Gegenpartei in die Schuhe zu schreiben – durch neue, den heutigen Zielsetzungen des Westens besser zusagende Auslegeungen zu ersetzen. Die westlichen Geschichtswerke der letztvergangenen Jahre über diesen Themenkreis stehen im Zeichen der Ausarbeitung dieser neuen Erklärungen für die Ursachen des Krieges. Begründet ist diese starke Vermehrung der einschägigen Arbeiten mit dem aktuellen politischen Bedarf und nicht mit dem Bedürfnis, die historischen Ereignisse, die sich vor einem halben Jahrhundert abgespielt hatten wahrheitsgetreu zu klären.

Das Verfahren, das die heutigen bürgerlichen Geschichtsschreiber die der „neuen" Erklärung der Kriegsursachen verwenden, ist jedoch ziemlich veraltet. Sie gehen zumeist davon aus, daß sie den Ausbruch des Weltkrieges nicht auf die jahrzehnteweit zurückreichenden wirtschaftlichen und politischen Prämissen, nicht auf die Gesetzmäßigkeiten der wirtschaftlichen und politischen Resultanten des Monopolkapitalismus zurückführen. Auf dieser Grundlage sehen einzelne Auffassungen im Ausbruch des Krieges einfach einen „Fehler" der Diplomaten. Sie leugnen die Tiefe der Gegensätze, die zwischen den führenden Mächten, besonders aber zwischen Deutschland und England bzw. Frankreich standen und überwälzen die Verantwortung für den Zusammenstoß auf die Schultern einzelner Staatsmänner. Damit versuchen sie die Gegensätze des imperialistischen Systems zu tarnen, die doch die Quelle des Weltkrieges waren. Dadurch bleibt die Gesetzmäßigkeit des Imperialismus, daß er notwendig zu Kriegen führt, vergborgen. Noch viel allgemeiner ist die Einstellung, die Kriegsursachen auf die Balkan-Probleme oder auf den Antagonismus zwischen der österreich-ungarischen Monarchie und dem zaristischen Rußland zu beschränken.[6] Freilich besagt auch diese nichts Neues, da wir ihr schon in der bürgerlichen Literatur zwischen den beiden Weltkriegen begegnen.[7] In diese Gruppe fällt auch jene Konzeption, die den Ausbruch des Krieges einzig den Eroberungsgelüsten des zaristischen Rußlands auf den Balkan zuschreibt. Damit ist nicht nur den aktuellen politischen Zielen, sondern – durch die falsche Einstellung der Vergangenheit – auch der Beschönigung des imperialistischen Systems gedient. Der Balkan-Gegensatz zwischen der Österreich-Ungarischen Monarchie und dem zaristischen Rußland wird nämlich von den Widersprüchen des internationalen imperialistischen Systems getrennt, aus den Zusammenhängen der Gegensätze zwischen dem englischen, französischen und deutschen Imperialismus herausgerissen, was es dann ermöglicht, diesen Gegensatz nicht als eine Folde der internatio-

[6] L. H. Brown: A Report on Germany. New York, 1947. George F. Kennan: American Diplomacy 1900—1950, Chicago, 1952.

[7] Siehe z. B. Sidney Fay: The Origins of the World War, New York, 1932.

nalen wirtschaftlichen und politischen Zustände des Imperialismus, sondern als ein isoliertes Ergebnis des „asiatischen Despotismus" hinzustellen.[8]

All diese Aufmachungen scheitern jedoch an der Wirklichkeit der kriegsauslösenden Tatsachen und Zusammenhänge, wenn wir sie von welcher kriegführenden Seite immerher auch – selbst von der Seite Ungarns her, das doch im Vergleich zu den Großmächten nur eine Nebenrolle spielte.

Die Ursachen der Kriegsbeteiligung des in den Rahmen der dualistischen Habsburgermonarchie eingebauten Ungarns, die Stellungnahme seiner Regierung und seiner herrschenden Klassen während der Kriegskrise im Sommer 1914 und der Hintergrund dieser Stellungsnahme beschäftigte in einer Frage auch die ausländische – und nicht nur die deutsche, sondern auch die westliche[9] Literatur der 20er Jahre: in der Frage des anfänglichen Widerspruches und der späteren Zustimmung des Ministerpräsidenten Tisza, zum Ausbruch des Krieges in dem gegebenen Zeitpunkt. Die Literatur der 20er Jahre behandelte diese Frage natürlich wechselseitig aus dem Gesichtspunkt ihrer eigenen tendenziösen Ziele. In der bürgerlichen Literatur der jüngst vergangenen Jahre wurde dieses Problem neuerlich aufgeworfen, aber auch hier kommen statt der pragmatisch richtigen Lösung wieder tendenziöse oder irrtümliche Gesichtpunkte zur Geltung.[10]

* * *

Das Ultimatum der Österreich-Ungarischen Monarchie vom 23. Juli und die nachfolgende Kriegserklärung an Serbien vom 28. Juli, die den Auftakt zum Weltkrieg bildeten, wurden seitens des „offiziellen" Ungarns – der ungarischen Regierung und dem Parlament – ungeteilt gebilligt. Die Regierung und das Parlament waren die Herrschafts- bzw. Vertretungsorgane der ungarischen Großgrundbesitzer und Großkapitalisten, und standen nicht nur im Gegensatz zu den Massen des Volks und der Nationalitäten, sondern auch abseits von den bürgerlichen Mittelschichten. Dank des äußerst eingeschränkten Wahlrechtes (9/10 der erwachsenen Bevölkerung hatte kein Wahlrecht), der unproportionellen Verteilung der Wahlbezirke und des Wahlsystems mit offener Stimmabgabe setzte sich nicht nur das Oberhaus des Hochadels, der Hochfinanz und der hohen Geistlichkeit sondern, von geringen Ausnahmen abgesehen, auch das Abgeordnetenhaus des Parlaments aus Exponenten der Bourgeoisie und der Grundbesitzerklasse zusammen. Nicht nur die regierende Majoritätspartei („Nationale Arbeitspartei"), auch alle bedeutsameren Oppositionsgruppen („Unabhängigkeitspartei", „Verfassungspartei", „Katholische Volkspartei") vertraten die verschiedenen Schichten und Richtungen der Bourgeoisie und der Grundbesitzerklasse.[11] Im Namen dieser Gruppen versicherte Graf Gyula Andrássy jun. die Regierung als sie

[8] Mit dieser Konzeption sympatisieren der amerikanische Professor Kann und der österreichische Professor Hantsch, beide bekannte bürgerliche Forscher der Geschichte der Österreich-Ungarischen Monarchie. (R. A. Kann: The Habsburg Empire, New York, 1957; H. Hantsch: Die Nationalitätenfrage im alten Österreich, Wien, 1953).

[9] Siehe z. B. die Memoiren des ehemaligen britischen Ministerpräsidenten Asquith: The Genesis of the War, London, 1923, Seite 170—171.

[10] Siehe z. B. Historia Mundi, Band X, Bern, 1961, Seite 145.

[11] Diese Feststellung gilt nicht für die Justh-Károlyi-Gruppe der Unabhängigkeitspartei. Auf ihre Politik kommen wir noch zurück.

die Übersendung des Ultimatums anmeldete ihrer bedingungslosen Unterstützung bei dieser Aktion.[12]

Graf Albert Apponyi äußerte sich in Vertretung dieser Parteien bei der Nachricht über die Kriegserklärung: „Zu dem Beginn dieser Abrechnung können auch wir nur mit einem Wort antworten, mit dem Wort, das auf aller Mund ist, dem Worte: „Endlich!"[13] Die Opposition hatte in den Jahren vor dem Weltkrieg viel Pfeffer unter die Nase der Regierung gerieben, aber in diesen Tagen konnte der Ministerpräsident Tisza mit höhnischer Genugtuung die Worte niederschreiben: „Die Tiger haben sich in stille, feine, höfliche, aber fade Jungen verwandelt".[14]

Zwischen der Bourgeoisie-Grundbesitzer-Regierung und ihrer Bourgeoisie-Grundbesitzer-Opposition kam bei dem Ausbruch des Krieges – im Interesse seines Gelingens – eine „Treuga Dei" zustande.[15]

Die einheitliche Stellungnahme der ungarischen Großgrundbesitzer- und Großkapitalisten-Klassen auf Seiten des imperialistischen Krieges der Monarchie erklärt sich damit, daß der Krieg, der den Einfluß auf dem Balkan – selbst im Rahmen eines Weltkrieges – erzwingen sollte ihren Klasseninteressen ihrer ganzen bisherigen Innen- und Außenpolitik entsprang.

Die Ausgestaltung dieser Politik der ungarischen Großgrundbesitzer- und Großkapitalistenklassen die in einen imperialistischen Krieg münden mußte, reicht bis zu dem Ausgleich des Jahres 1867 zurück. Der Ausgleich war zufolge der internationalen Lage und der inneren Verhältnisse der ungarischen Gesellschaft eine notwendige und reale „Lösung" der in der gegebenen Situation zu regelnden Probleme. Eine der Resultierenden des Ausgleiches war daher die von 1848 abgeschwenkte Politik der ungarischen Großgrundbesitzerklasse. Der Ausgleich, der den Interessen der ungarischen führeden Klassen entsprach, wurde zugleich zum Ausgangspunkt und zum Determinater ihrer weiteren Politik.

Die Bevölkerung Ungarns setzte sich in der dualistischen Ära zur Mehrheit aus Nationalitäten zusammen. Selbst nach den offiziellen Angaben der Volkszählung des Jahres 1910 – also der letzten im Zeitraum des Dualismus – bestand die Bevölkerung Ungarns zu 51,9% aus Nationalitäten.[16]

[12] „Die Opposition wird ihre patriotischen Verpflichtungen — sagte Andrássy — trotz des großen Gegensatzes, der sie von der Regierung trennt und der leider unverändert fortbesteht, jederzeit erfüllen." (Journal des Abgeordnetenhauses, 24. Juli 1914).

[13] Ebendort, 28. Juli.

[14] Graf István Tisza: Sämtliche Werke (Összes munkái) V. Band, Budapest, 1933, Seite XXXIX. Der Brief an seine Schwiegertochter datiert vom 21. Juli.

[15] Im Vorkriegs-Abgeordnetenhaus waren außer den kroatischen Abgeordneten — deren Teilnahme sich auf die im ungarisch-kroatischen Ausgleich niedergelegten gemeinsamen Angelegenheiten beschränkte — die übrigen Nationalitäten ebenso wie die Parteien des Mittel- und Kleinbürgertums und der Bauernschaft nur mit ein-zwei Abgeordneten vertreten. Die Sozialdemokratische Partei und die Bürgerlichen Radikalen hatten überhaupt keine parlamentarische Vertretung. Die Stellungnahme dieser Parteien zu den Kriegsvorbereitungen war eine andere als die der Bourgeoisie- und Grundbesitzerklasse; doch hatten sie gar keinen Einfluß auf den Gang der Geschehnisse, dem sie sich dann bei Ausbruch des Krieges auch unterwarfen. Die Behandlung dieser Fragen fällt jedoch außerhalb des Rahmens und der Zielsetzungen dieser Abhandlung.

[16] Ungarische Statistische Mitteilungen (Magyar Statisztikai Közlemények), 42. Band, Budapest, 1912, 6. Seite.

Die ungarischen besitzenden Klassen gaben – abgesehen von ihrer Furcht vor dem zaristischen Rußland[17] – die Zielsetzungen der Revolution und des Freiheitskrieges der Jahre 1848/49 zu einem guten Teil darum auf, verzichteten auf die restlose Wiederherstellung der Unabhängigkeit des Landes und verglichen sich mit dem den Freiheitskrieg niedertretenden Österreich darum, weil sie ihre Hegemonie über die Nationalitäten beibehalten und stärken wollten und vor der, für die demokratische Weiterentwicklung der Revolution des Jahres 48 eintretenden Volksbewegung erschrocken waren. Damit richtete sich der Ausgleich der ungarischen besitzenden Klassen nicht nur gegen die Nationalitäten, sondern auch gegen die ungarischen Volks- und Bauernmassen. Der Pakt des Jahres 67 verstärkte die Herrschaft der besitzenden Klassen auch über die ungarischen Volksmassen, und dieser Gesichtspunkt fiel bei dem Ausgleich ebenfalls sehr gewichtig in die Waagschale.

Die Pläne und Versuche des in der Emigration lebenden Kossuth, die damals den fortschrittlichsten ungarischen Standpunkt bedeuteten, wurden von der besitzenden Klasse verworfen, die durch den Ausgleich das ungarische Volk und die Nationalitäten in Fesseln legte. Die Bestrebungen und Versuche Kossuths waren gegenüber den Ausgleich, der die Unterdrückung der Nationalitäten verstärkte und die Tendenz der Expansion nach dem Balkan in sich schloß, auf die Verständigung mit den benachbarten Völkern und den Nationalitäten, auf das Verständnis der demokratischen Bestrebungen der Volksmassen gerichtet. Kossuth mißbilligte den Ausgleich, da er seine schweren Folgen und seine kriegerischen Konsequenzen erkannte. „Ich bin davon überzeugt – schrieb er im Jahre 1867 – daß dieser Ausgleich früher oder später unser Land in einen Krieg verwickeln wird und zwar in einen solchen, in den sowolh der Sieg als auch die Niederlage gleichermaßen mit tödlichen Gefahren verbunden ist."[18] Aber die auf die Totalität ihrer Klassenherrschaft versessene führende Klasse wollte von einer solchen Politik nichts wissen. Die Vertreter dieser Klasse hielten selbst nach dem Zerfall des auf Unterdrückung aufgebauten Nationalitätenstaates den Ausgleich, der ihre Herrschaft noch um ein halbes Jahrhundert verlängert hatte für günstiger, als die Versöhnungspolitik.[19] Auch in der heutigen österreichischen Geschichtschreibung taucht die Verhimmelung dieses, dualistischen Systems wieder auf[20] das die Machtstellung der führenden Klassen Österreichs und Ungarns eine Zeitlang gesichert hatte.

Der Ausgleich, den die ungarischen besitzenden Klassen – die zugleich das damals noch schwache später aber zunehmend erstarkende Bürgertum

[17] Lenin wies in seinem Werk „Über das Selbstbestimmungsrecht der Völker" darauf hin, daß sich die ungarische führende Klasse und dann auch die tschechische darum nicht von Österreich loslösen wollte, weil sie fürchtete, daß ihre Unabhängigkeit von „habgierigeren und stärkeren Nachbarn vielleicht vollkommen vernichtet werden könnte". (Werke, 20. Band, Budapest, 1955, Seite 418).

[18] Schriften Kossuths (Kossuth Iratai). VIII. Band. Budapest, 1900, S. 46. Die Politik Kossuths erwies sich unter den gegebenen internationalen und inneren Verhältnissen als irreal. Ihre Irrealität ergab sich jedoch zum Großteil daraus, daß die ungarischen herrschenden Klassen seine Pläne verwarfen, diese aber durch eine andere gesellschaftliche Kraft auf der damaligen Entwicklungsstufe der Klassenverhältnisse nicht verwirklicht werden konnten.

[19] „Es ist zwar wahr — schreibt der mit der Konzeption Kossuths debattierende Gusztáv Gratz — daß auch das Bündnis mit Österreich die Unversehrtheit Ungarns nicht für alle Zeiten gesichert habe, doch hat es sie wenigstens auf ein halbes Jahrhundert gesichert". (Das Zeitalter des Dualismus (A dualizmus kora), Budapest, 1934, I. Band, S. 10).

[20] Siehe das Buch des gebürtigen Ungarn Gyula Miskolczy: Ungarn in der Habsburger Monarchie, Wien-München, 1959 (Wiener Historische Studien 5).

vertraten – im Jahre 1867 mit der österreichischen Bourgeoise und dem Haus Habsburg schlossen, richtete sich in seiner außenpolitischen Tendenz gegen die benachbarten Völker des Balkans und Osteuropas, sowie gegen das zaristische Rußland das seinerseits die Hegemonie über diese Gebiete beanspruchte. Manche österreichische Führer (Hohenwart, Beust) suchten die Außenpolitik der Monarchie auf eine Revanche gegen Preußen zu richten, doch war dieses Bestreben in der außen- und innerpolitischen Lage des Reiches weder begründet noch real. Nach einigen Jahren des Schwankens betrat die Monarchie vom Jahre 1871, vom Amtsantritt des Außenministers Andrássy an, den Weg der „aktiven" Balkanpolitik und verlegte sich auf eine deutschfreundliche Außenpolitik, die 1879 durch das Militärbündnis zwischen der Monarchie und Deutschland besiegelt wurde. Diese Außenpolitik der Monarchie entsprang nicht nur aus der reellen Erkenntnis der Expansionsmöglichkeiten, sondern mindestens ebenso aus der Tatsache, daß die Erhaltung der ungesunden inneren Struktur der Monarchie eine solche Außenpolitik auch erforderte. Die Österreich-Ungarische Monarchie war auf das dualistische System der Unterdrückung der Nationalitäten – hauptsächlich der Slawen – aufgebaut. Nun konnte aber die Befreiung der Balkanvölker von der jahrhundertelangen türkischen Herrschaft – die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ihren Anfang nahm – und die Erstarkung dieser Völker nicht ohne Wirkung auf die im Rahmen der Monarchie unterdrückten Völker bleiben. Auf diese Weise entsprang auch aus der Aufrechterhaltung des Systems der Unterdrückung der Nationalitäten, das Bestreben, die Balkanpositionen der verfallenden türkischen Pforte zu erwerben und das mit der Befreiung der slawischen Völker liebäugelnde Rußland zu verdrängen. Dies betrachtete sowohl die österreichische als auch die ungarische führende Klasse – die zwar mit dem Ausgleich auf eine selbständige Außenpolitik verzichtet hatte, aber in der Gestaltung der Außenpolitik eine gewichtige Rolle spielte – als ihr grundlegendes Interesse.

In den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts wurde Graf Andrássy der gefeierte Abgott der herrschenden Klasse Ungarns, der die Hauptrolle im Zustandekommen des Ausgleichs und später des deutschen Bündnisses spielte. In diesem Jahrzehnt konnte sie mit Recht von sich sagen, daß sie ihre Position mit dieser Außenpolitik stabilisiert und außenpolitische Erfolge erzielt hatte. Dieser Zustand konnte aber nicht von Dauer sein, da sich diese, auf die Unterjochung der Volksmassen und Nationalitäten gegründete „Stabilität" nur solange halten konnte, als die unterdrückten Klassen und Nationalitäten verhältnismäßig schwach und die Balkanvölker kraftlos waren.

Während der Übergangsperiode zum Imperialismus und mit seiner vollen Entfaltung wurde die Agression der Monarchie auf dem Balkan – schon den wirtschaftlichen Interessen der monopolkapitalistischen Kreise zufolge – immer stärker. Das ungarische Finanzkapital nahm in den Jahren vor dem Kriege wesentlich zu, aber seine Abhängigkeit von dem ausländischen – insbesondere dem österreichischen – Finanzkapital blieb weiterhin bestehen. Die ungarischen Großbanken beteiligten sich mit an den Kapitalexporttransaktionen österreichischer und anderer Banken nach dem Balkan. Besonderen Umfang nahm der ungarische Kapitalexport in der Form der Beteiligung an Staatsanleihen der Balkanländer an. Und wenn auch die Profitinteressen des ungarischen Finanzkapitals auf dem Balkan nicht an die österreichischen und deutschen heranreichten, waren sie doch nicht bedeutungslos. Dieser Umstand

unterbaute bzw. verstärkte die auch schon vordem gepflogene, aggressive Balkanpolitik.

Mit der vollen Entfaltung des Imperialismus vertieften sich die grundlegenden Klassengegensätze und verschärften sich in den Jahren 1905–6 zu einer schweren Krise. Diese Krise ergriff das gesamte Gesellschaftssystem. Nach der Jahrhundertwende kamen auch die unterdrückten Nationalitäten in Bewegung. Die Lage wurde noch erschwert durch die Probleme, die sich aus der unvollendeten bürgerlichen Entwicklung und aus der Abhängigkeit des Landes ergaben und führte zu schweren Gegensätzen innerhalb der führenden Klasse Ungarns sowie zwischen einzelnen Gruppen dieser Klasse und der österreichischen Bourgeoisie. Auch das dualistische System des Ausgleiches blieb von der Krise nicht unberührt. Gleichzeitig erstarkten aber die Balkanstaaten, besonders Serbien und die durch die inneren Verhältnissen der Monarchie erzwungene „aktive" Balkanpolitik hatte mit immer größeren Schwierigkeiten zu kämpfen. Das ganze politische und gesellschaftliche System der Österreich-Ungarischen Monarchie sank im Jahrzehnt vor dem Kriege in eine immer tiefere Krise.

Gleichzeitig mit diesen inneren Vorgängen und teils auch in ihrem Zusammenhang verschlechterte sich auch die internationale Lage der Monarchie. Bündnissystem der Zentralmächte zeigte gefährliche Risse, der Dreibund drohte sich aufzulösen. Seine Erneuerung im Jahre 1912 gelang wegen des Verhältnisses der Monarchie zu Italien nur mit größter Mühe. Zwar wurde 1913 auch die Zugehörigkeit Rumäniens zu dem Bündnis erneuert[21] doch hatte sich in Wirklichkeit auch dieses Land von den Zentralmächten entfernt. Während sich das Bündnissystem der Zentralmächte lokkerte, schloß sich gleichzeitig gegen dieses der offensichtlich über größere Reserven verfügende Entente-Block zusammen.

Mit der Ausbildung des Imperialismus verschärfte sich die Aggression der Monarchie auf den Balkan und es trat – besonders seit der Annexion Bosniens – immer mehr ihr Gewaltcharakter hervor.[22] Aber diese Aggression wies – ohne ihre Eigenart zu ändern – hinsichtlich ihrer internationalen Stellung eine wichtige Abweichung von jener nach dem Ausgleich auf. In den Jahrzehnten nach dem Ausgleich war der Balkan *vor allem* ein Prellpunkt der Großmachtbestrebungen der Monarchie und des zaristischen Rußlands, obwohl daneben auch schon damals der Politik der übrigen Großmächte zur Geltung kam. Nach der Jahrhundertwende veränderte sich diese Lage grundlegend. Unmittelbar stand auch jetzt die Politik der beiden Nachbarn – der Monarchie und des zaristischen Rußlands – im Vordergrund, aber die Monarchie spielte immer mehr die Rolle eines Vorpostens im Rahmen der Ostziele des deutschen Imperialismus, der „Berlin-Bagdad"-Konzeption. Ebenso hatte die Balkanpolitik des zaristischen Rußlands die Wege seiner mächtigeren Verbündeten, des französischen und englischen Imperialismus zu ebnen. Solcherart erschien der imperialistische Gegensatz zwischen der

[21] Pribram: Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914. Wien und Leipzig, 1920, S. 108—111.

[22] Dies zeigt sich deutlich an dem Brief des Außenmisiters Aehrenthal an Bülow vom 20. Februar 1909: „Durch die Schwächung der Türkei und deren Verdrängung gegen Asien ist an unserer Südostgrenze der Prozeß der Staatenbildung neuerdings in Fluß gerathen. Wir mußten hierzu Stellung nehmen und dies ist vor 30 Hahren durch die Occupation und jetzt durch die Annexion geschehen." (Österreich-Ungarns Außenpolitik, I. Band, Wien und Leipzig, 1930, Nr. 1022, S. 854).

Monarchie und den zaristischen Rußland auf dem Balkan als ein imperialistischer Gegensatz zwischen den beiden Großmachtsgruppen, also auch als ein imperialistischer Antagonismus Deutschlands gegen England und Frankreich. Ja selbst die verschiedenen Vorkriegs-Balkankrisen, die Annexionskrise der Jahre 1908/9 und die Balkankriege der Jahre 1912/13 bewiesen, daß die Entscheidungen in der Balkan-Frage in den Händen der führenden Mächte der Großmächtegruppen, Deutschlands bzw. Englands und Frankreichs liegen und daß die Balkankonflikte in ester Linie den imperialistischen Interessen dieser Mächte unterstehen.

Somit hatte sich die internationale Stellung des in den Rahmen der Habsburger-Monarchie eingefügten Ungarns unter den imperialistischen Verhältnissen nach der Jahrhundertwende wesentlich verändert. Jetzt bewahrheitete sich die Prophezeiung Kossuths: selbst ein siegreicher Krieg konnte zu einer schweren Folge führen, der, daß er Ungarn zum Satelliten des deutschen Imperialismus machte. Aber die ungarische führende Klasse änderte nichts an ihrer Politik und schritt weiter auf dem betretenen Pfad, weil es ihnen ihre — naturgemäß engstirnigen und kurzsichtigen — Klasseninteressen so diktierten. Übrigens zeigten darin die führenden Klassen Österreichs und Ungarns keinen Uhterschied. Graf Czernin, von 1913 bis 1916 Gesandter in Bukarest und von 1917 bis 1918 Außenminister der Monarchie, gibt in seinen Memoiren zu, daß die Macht und das Reich — durch seine innere Struktur — schon vor dem Krieg zum Tode verurteilt war, und es mit dem Krieg, von dem es die Rettung erhoffte eigentlich die ärgste Todesart wählte: „Wir mußten sterben. Die Todesart konnten wir uns wählen, und wir haben uns die schrecklichste gewählt."[23] Auch die führende Klasse Ungarns klammerte sich krampfhaft an die brutalen Methoden der Volksunterdrückung, an die Mißachtung der Rechte der Nationalitäten und an die aktive Balkanpolitik, die diese organisch ergänzte; deren Gewähr erblickte sie in der unveränderten Aufrechterhaltung des dualistischen Systems und im Bündnis mit Deutschland. Sie übernahmen die Rolle des Schwertes des deutschen Imperialismus samt all ihren gefahrvollen Konsequenzen, weil sie sich um ihre uneingeschränkte Herrschaft über das Volk und Nationalitäten zu bewahren, selbst damit abgefunden haben, die Abhängigkeit von dem deutschen Imperialismus — trotz ihrer Furcht vor diesem — mit in Kauf zu nehmen, ebenso wie sie aus ähnlichen Überlegungen im Jahre 1867 auch die Vorherrschaft der österreichischen Bourgeoisie auf sich genommen haben.[24]

Die seit 1910 regierende „Arbeitspartei", deren führende Persönlichkeit Graf István Tisza war, bekannte sich unerschütterlich zum Bündnis mit Deutschland. Sie erfüllte alle Hoffnungen, die der sächsische Minister in Wien in seinem Bericht gelegentlich ihrer Gründung zum Ausdruck brachte: „Der Gründung der neuen Partei wird in politischen Kreisen großes Gewicht beigelegt und man hofft, daß sie den Übergang zu einer steten, den praktischen Bedürfnissen Ungarns entsprechenden Politik vollziehen und dadurch nicht

[23] Czernin: In dem Weltkriege, Wien, 1919, S. 41.

[24] Recht augenfällig offenbarte sich diese Politik während des Krieges im Jahre 1916. Der militärische Zusammenbruch der Monarchie wurde damals durch das Eingreifen Deutschlands verhindert. Der Preis hierfür: die Aufstellung der gemeinsamen Kriegsführung (d. h. die Unterordnung der Heereskraft der Monarchie unter deutschen Befehl) und der „Mitteleuropa"-Plan des deutschen Imperialismus wurden von der führenden Klasse Ungarns mit Verständnis aufgenommen.

nur ihrem engeren Vaterlande, sondern der ganzen Monarchie wertvolle Dienste leisten werde.[25]" Über den Wahlsieg berichtet der Gesandte einige Monate später: „Dieses Ergebnis ist nicht allein für Ungarn, sondern für die ganze Monarchie von außerordentlicher Bedeutung, weil damit der jahrelangen politischen Unsicherheit ein Ende bereitet wird".[26] Die führenden deutschen Politiker, auch der Kaiser selbst, brachten dem Grafen István Tisza große Sympathien entgegen.

Im ungarischen Vorkriegsparlament gab es eine kleine Gruppe deren Mitglieder abstammungmäßig zwar großenteils zur führenden Klasse gehörten, aber politisch die Interessen der Mittelklasse und der mittleren Grundbesitzer vertraten; sie scharte sich im Rahmen der Unabhängigpartei um die Abgeordneten Justh und Károlyi und hatte außenpolitisch andere Zielsetzungen als die Politik der Regierung der Großgrundbesitzer- und Großkapitalistenklasse sowie der feudalen Opposition. „Selbst von der vollkommensten und glänzendsten Verwirklichung der Berlin-Bagdad-Konzeption konnte sich die Monarchie nichts anderes erwarten – schrieb Mihály Károlyi – als daß ihre Fesseln, die sie an den deutschen Wagen banden, noch angezogen werden".[27] Auch sie wollten die Großmachtstellung der Monarchie nicht aufgeben und wünschten keine Lostrennung Ungarns, kämpften aber schon seit langem für die Festigung seiner Stellung im Rahmen des Habsburgerreiches. Gerade um die Machtstellung des Reiches zu retten hätten sie die Monarchie – besonders nach den Erfahrungen der Balkankriege – lieber im Lager der Entente gesehen. „Wir sahen im Bündnis mit Deutschland – schreibt Tivadar Batthyány – eine Gefahr für unser Vaterland, unseren König und letzthin auch für die Österreich-Ungarische Monarchie ... Lange Jahre hindurch setzten wir uns dafür ein, die deutsche Bündnispolitik, als die größte Gefahr unserer Nation und Dynastie aufzugeben und uns den Staaten anzuschließen, an deren Spitze der König von England steht".[28] Im Sinne ihrer außenpolitischen Zielsetzungen streckten sie ihre Fühler nicht nur nach Frankreich, England und den Vereinigten Staaten aus, sondern strebten auch – in Erkenntnis des Zusammenhanges zwischen dem deutschen Bündnis und der inneren Struktur der Monarchie bzw. Ungarns –, nach einer Versöhnung mit den Nationalitäten und traten für eine Liberalisierung des Unterdrückungssystems ein. Diese Gruppe konnte – obgleich sie auch im Parlament zu Worte kam – weder die Politik der regierenden Bourgeoisie- und Grundbesitzerklasse noch die verschieden abgetőnte, aber ungeteilte Unterstützung der Vorbereitung und Entfachung des imperialistischen Krieges im Bündnis mit Deutschland irgendwie beeinflussen. Bei Ausbruch des Weltkriegs gaben sie ihre Opposition denn auch auf, um erst 1916 wieder mit ihr hervorzutreten.

* * *

Die Expansions nach dem Balkan stand auf dem Programm sowohl des deutschen, als auch des ihm gefügigen österreich-ungarischen Imperialismus. Diese imperialistische wirtschaftliche und politische Expenasion brachte

[25] Sächsisches Landeshauptarchiv, Dresden. Sächsische Gesandschaften, Gesandschaft in Wien. Nr. 389. Ungarn 1908—1915. Datum des Berichtes: 23. Februar 1910.

[26] Ebenda. Datum des Berichtes: 3. Juni 1910.

[27] Mihály Károlyi: Gegen eine ganze Welt, (Egy egész világ ellen) München, 1923, S. 80.

[28] Graf Tivadar Batthyány: Mein Bericht (Beszámolóm), I. Band Budapest, ohne Angabe der Jahreszahl, S. 23 und 33.

die Interessen der führenden Klassen beider Reiche zum Ausdruck. Daneben waren aber die Interessen dieser Klassen in manchen Fragen verschieden, ja auch eintgegengesetzt. Den Weg, den Zeitpunkt und die erhoffte Beute der Balkan-Aggression suchte jede Partei möglichst nach eigenem Vorteil auszustecken, und dadurch wichen die strategischen und taktischen Vorstellungen – besonders während und nach den Balkankriegen – stark voneinander ab.

Die deutsche Politik legte bei der Durchführung der Balkan- und Ostpolitik sowie bei der Vorbereitung des Krieges ein besonderes Gewicht auf Rumänien. Sie baute in ihren Plänen gegen Rußland und den Balkan neben der Österreich-Ungarischen Monarchie vor allem auf diesen Staat. Auch das deutsche Monopolkapital hatte dort große wirtschaftliche Interessen. Zudem wurde die deutsche Diplomatie auch von der Heeresleitung in diesem Sinne beeinflußt, in deren, auf den Schlieffen-Plan aufgebauten militärischen Konzeptionen Rumänien eine wichtige Rolle spielte.[29]

Die Monarchie – und besonders die führende Klasse Ungarns – hatte jedoch in wirtschaftlichen und territorialen Fragen (Bukowina, Siebenbürgen) namhafte Differenzen mit Rummänien. Deshalb rückte Rumänien das 1883 dem Dreibund beigetreten war, später von den Zentralmächten auch ab. Trotzdem war die Lage bis zu den Balkankriegen die, daß die Zentralmächte im Falle eines Konfliktes unter den kleinen Balkanstaaten höchstens mit Rumänien rechnen konnten. Denn Serbien und Montenegro wandten sich immer schärfer gegen die Monarchie, Bulgarien war unter russischen, Griechenland unter westlichen Einfluß geraten. Unter solchen Umständen war das Verhalten Rumäniens für die Ostpolitik der Zentralmächte tatsächlich von ausschlaggebender Bedeutung. Von deutscher Seite suchte man die Monarchie für Zugeständnissen an Rumänien zu gewinnen, um es dadurch an sich zu fesseln. Die Leiter der österreichischen Politik zeigten sich auch nicht abgeneigt, um so weniger, als diese Zugeständnisse hauptsächlich auf Kosten der führenden Klasse Ungarns gegangen wären. Die ungarischen Politiker widersetzten sich jedoch diesen Bestrebungen aufs schärfste und wußten ihre Verwirklichung auch zu verhindern. Stattdessen drängten sie auf Zugeständnisse an Italien, die die österreichischen Reichshälfte berührt hätten. Innerhalb der Zentralmächte war die rumänische Frage – ebenso wie die italienische – durch den Zusammenstoß der Interessen ein ständiges Problem der inneren Diplomatie.[30] Nachdem zugunsten Rumänien nichts Wesentliches geschah, rückte es immer weiter von den Zentralmächten ab und damit der Entente – auf dem Balkan an Serbien – immer näher. Von dem ersten Balkankrieg, in dem die Balkanvölker mit Beihilfe der Entente die von den Zentralmächten unterstützte Türkei bekämpften, hielt sich Rumänien noch ferne. An dem zweiten Balkankrieg nahm es aber schon teil und kämpfte gemeinsam mit Serbien, Montenegro und Griechenland gegen das von den Zentralmächten unterstützte Bulgarien. Der im August 1913 abgeschlossene Bukarester Frieden brachte ihm auch einen territorialen Gewinn.

Der Gegensatz in der Beurteilung wichtigen Belangen der Balkanfrage der

[29] Rumänien sollte die Monarchie in der Blockierung der russischen Armee solange unterstützen, bis der Blitzkrieg der Deutschen Frankreich bezwang.

[30] Mit der Achillesferse des Dreibundes — dem Verhältnis der Monarchie zu Italien — können wir uns im Rahmen dieser Arbeit nicht befassen. Siehe neuerdings die Skizze von Fritz Fellner: Der Dreibund. Europäische Diplomatie vor dem ersten Weltkrieg. München-Wien, 1960.

zwischen den leitenden Politikern Deutschlands und Österreich-Ungarns bestand trat während der Balkankriege auch handgreiflich zutage. Die Monarchie wollte in den Krieg eintreten, um einen zweifachen Sieg und damit die Vergrößerung Serbiens zu vereiteln. Deutscherseits winkte man die Monarchie jedoch ab, hauptsächlich weil man den Zeitpunkt des großen Zusammenstoßes weder aus militärischen, noch aus diplomatischen Gesichtspunkten für gekommen hielt. Für den deutschen Standpunkt fiel es – wenn auch nicht entscheidend – mit ins Gewicht, daß bei einem damaligen Ausbruch des Konflikts Rumänien naturgemäß im Lager des Gegners gestanden wäre. Auf diese Weise verschärften die Balkankriege die Meinungsverschiedenheiten zwischen den deutschen und den österreich-ungarischen Politikern, die sich auf die strategische und taktische Verwirklichung der gemeinsamen imperialistischen Balkanpolitik bezogen.[31] Zudem machten es die Balkankriege, die die Lage zum Nachteil der Zentralmächte verschoben, zu einen zwingenden Gebot, die strategischen und taktischen Pläne bezüglich des Balkans auf einen gemeinsamen Nennen zu bringen. Der ungarische Ministerpräsident war einer der ersten, der diesen Bedarf und diese Chance seiner Klasse erkannte. Dies bezeugen seine beiden Denkschriften aus den Tagen des Bukarester Friedens, die er der gemeinsamen Regierung bzw. dem Herrscher zukommen ließ.[32] Seinen Standpunkt hatte er schon bei anderen Gelegenheiten verlautbart und dann am eingehendsten in seiner Denkschrift vom 15. März 1914 auseinandergesetzt. Nach seiner Meinung müßten die Zentralmächte ihr Bündnis auf dem Balkan gegen die Balkanstaaten, Serbien und die Entente in erster Linie auf Bulgarien stützen: „Wir müssen vereint mit Deutschland auf eine uns genehme Gruppierung der Balkanstaaten hinarbeiten, wobei eine Loslösung Rumäniens und Griechenlands von Serbien die erste Aufgabe bilden würde und auf eine Versöhnung jener zwei Staaten mit Bulgarien auf Basis einer natürlichen Vergrößerung Bulgariens auf Kosten Serbiens hinzuarbeiten wäre.[33] Diese Kombination befürwortete Tisza schon allein darum, weil die führende Klasse Ungarns mit Bulgarien in keinem solchen Interessengegensatz stand wie mit Rumänien, und es dadurch möglich schien, die Balkanpositionen zu verstärken, ohne die führende Klasse Ungarns zu Zugeständnissen an Rumänien zu zwingen. Tisza befürchtete, daß man von deutscher Seite – nach den Schlappen der Balkankriege – heftiger auf diese Zugeständnisse drängen könnte. Auch Tisza hielt es für wichtig Rumänien an die Seite der Zentralmächte zu fesseln, er wünschte dies jedoch nicht durch Zugeständnisse, sondern durch seine Bedrohung im Wege Bulgariens zu erreichen. Nach den Balkankriegen war es für die Zentralmächte tatsächlich reeller ihre Konzeption auf Bulgarien als vorwiegend auf Rumänien zu stützen, besonders günstiger für die führende Klasse Ungarns. Das ist der Grund dafür, daß Tisza hier die Initiative ergriff. Tisza war sich dessen bewußt, daß diese Konzeption nicht sofort durchführbar ist. Vor allem mußte man sich mit den Deutschen verständigen, um dann die Aktion mit ihnen gemeinsam auf diplomatischem Wege vorzubereiten. Wie er denn auch schrieb: „Die Sache braucht

[31] „Im Verlaufe der großen Balkanumwälzung 1913/1914 haben sich wiederholt Verschiedenheiten in der Auffassung und Beurteilung der Lage zwischen Wien und Berlin gezeigt, welche dem gedeihlichen Zusammenwirken der verbündeten Zentralmächte Eintrag getan, deren diplomatische Tätigkeit zeitweilig in Widerspruch gebracht und die gemeinsamen großen Interessen geschädigt haben." „Österreich-Ungarns Außenpolitik, VII., Nr. 9482, S. 979.

[32] Österreich-Ungarns Außenpolitik. VII. Nr. 8343, S. 112—114, Nr. 8474, S. 198—201.

[33] Ebenda S. 978.

Zeit... Es ist dies ein mühsamer Prozeß, bei welchem sich jede Übereilung rächen würde".[34]

Tisza vertraute fest darauf, daß sich die Lage auf dem Balkan binnen wenigen Jahren zu Gunsten der Monarchie verändern müsse, und er gedachte, daß man das Verhältnis zu Serbien *erst nachher* zu einem militärischen Konflikt zuspitzen sollte. Darin unterschied er sich von Conrad, der den Krieg gegen Serbien nicht nur während der Balkankrieg, sondern auch nach diesen baldigst entfachen wollte, weil er der Meinung war — und darin hatte er recht — daß sich die Lage der Monarchie mit dem Fortschritt der Zeit immer nur verschlechtern werde.[35] Aber auch Conrad bekannte sich — wie damals die Führer der Monarchie allgemein — zur bulgarophilen Politik. Die gemeinsame Regierung der Monarchie arbeitete im Frühsommer 1914 eine Denkschrift über die bulgarophile Politik mit der Absicht aus, sie an den deutschen Verbündeten weiterzuleiten und auf dieser Grundlage einen einheitlichen Standpunkt mit ihm auszubauen. Sie wurde knapp von dem Attentat in Sarajewo verfertigt.[36]

Während sich zwischen den Führern der Monarchie und Deutschlands die Differenzen hinsichtlich der Kriegsvorbereitungen hauptsächlich auf ihre Politik gegenüber dem italienischen bzw. rumänischen Verbündeten bezogen, betrafen die außenpolitischen Gegensätze zwischen den österreichischen und ungarischen Führern in erster Linie den Lösungsmodus der serbischen Problems. Daß Serbien auf kurz oder lang mit militärischen Mitteln gebrochen werden muß, darüber war man sich einig.[37] Darüber jedoch, wie man die serbische Frage des weiteren lösen solle, bestanden jedoch schon gegensätze. Der Thronfolger Franz Ferdinand und andere führende Persönlichkeiten Österreichs — darunter z. B. auch Conrad — wollten Serbien annektieren, um alle südslawischen Völker im Rahmen der Monarchie zu vereinen. Manche — wie z. B. Franz Ferdinand — verbanden diesen Plan mit der trialistischen oder föderalistischen Umgestaltung der Monarchie. Die führende Klasse Ungarns verwehrte sich gegen eine Annexion Serbiens und allgemein dagegen, weitere südslawische Massen in den Rahmen der Monarchie aufzunehmen. Dazu ließen sie sich durchaus nicht von einer fraundschaftlichen Geste leiten, sondern von der Überlegung, daß eine Zunahme des slawischen Elements die Aufrechterhaltung des dualistischen Systems erschwerte und daß der Zuwachs an slawischen Gebieten zwangsmäßig zu einer trialistischen Umbildung führen müsse. Die ungarische führende Klasse klammerte sich aber krampfhaft an die dualistische Konstruktion, weil ihr diese im Rahmen der Monarchie eine viel günstigere Position gewährte als es der Trialismus getan hätte. Sie rechnete auch damit, daß sich bei Fortdauern des dualistischen Systems der Schwerpunkt der Gewalt in naher Zukunft zu Gunsten Budapests verschieben werde.

Auch die Politiker der führenden Klassen Ungarns stellten die militärischen Maßnahmen gegen Serbien in Rechnung und gedachten gleichfalls den

[34] Ebenda, S. 976—977.

[35] Conrad: Aus meiner Dienstzeit. Wien-Leipzig-München, 1922, III. Band, Seite 14 und 731.

[36] Österreich-Ungarns Außenpolitik, VIII. S. 253—261.

[37] Darin herrschte volles Einvernehmen nicht nur zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung, sondern auch mit der ungarischen Bourgeoisie- und Grundbesitzer-Opposition. „Ich kam zu der Überzeugung — schreibt Andrássy — daß Serbien nach seiner Isolierung entweder durch einen Krieg gebrochen oder dazu gezwungen werden muß, den großserbischen Gedanken aufzugeben und sich uns wirklich anzunähern." (Diplomatie und Weltkrieg (Diplomácia és világháború), ohne Angabe der Jahreszahl, S. 34.)

Einfluß der Monarchie auf dieses Land auszubreiten. Doch wollten sie, daß das geschwächte und verkleinerte Serbien außerhalb des Staatengebildes der Monarchie verbleiben und nur ihren abhängigen Vasallenstaat bilden solle. Die Gegensätze zwischen den österreichischen und ungarischen Staatsmännern tauchten in dieser Frage bereits zur Zeit der Annexionskrise auf, noch stärker aber während der Balkankriege und nach diesen, als die Monarchie den Krieg gegen Serbien in Erwägung zog.

Im Zusammenhang mit dem neuen Konflikt im Oktober 1913, anläßlich der Grenzbestimmung zwischen Serbien und Albanien kam die Frage des Krieges gegen Serbien wieder auf die Tagesordnung des gemeinsamen Ministerrats. Die Meinung Conrads hielt das Protokoll mit folgenden Worten fest: „Er stelle sich das so vor, daß sich entweder Serbien uns loyal komplett angliedere, in einem Verhältnis wie etwa Bayern zum Deutschen Reiche, oder daß man zur offenen Feindschaft übergehe, wozu jetzt der günstige Moment sei".[38]

Auch Tisza erhob keine Einwendungen gegen einen diplomatisch vorbereiteten, energischen Schritt – einen etwaigen Krieg: „Wenn ein energischer Protest nicht helfe, müsse man ein Ultimatum stellen, um Serbien eine diplomatische, eventuell eine militärische Niederlage zu bereiten. Da dürfe man nicht schwanken und sich nicht aufhalten lassen". Er verwahrte sich jedoch gegen die Auffassung Conrads über die Annexion Serbiens: „Der königlich ungarische Ministerpräsident nimmt ganz entschieden Stellung gegen eine staatsrechtliche Angliederung Serbiens an die Monarchie und zwar, weil die Sache praktisch unmöglich sei und sich ganz Europa auf Seite Serbiens stellen würde. Die Sache wäre aber auch von Nachteil für die Monarchie".[39] Die bulgarophile Konzeption Tiszas hing teilweise mit seiner Vorstellung über die Lösung des serbischen Problems zusammen. Bulgarien konnte als ein Verbündeter der Zentralmächte die Linie Tiszas stärken, zumal auch Bulgarien kein Interesse daran haben konnte, daß die Monarchie Serbien einverleibe. Das hätte nämlich Bulgarien zum unmittelbaren Nachbarn der Monarchie gemacht, dem es jedoch vorteilhafter war, wenn zwischen ihm und der mächtigeren Monarchie ein „Pufferstaat" existierte. Anderenteils erhob auch Bulgarien Ansprüche auf südslawische Gebiete, und eine Verwirklichung der südslawischen Einheit hätte – selbst wenn sie im Rahmen der Monarchie erfolgte – unvermeidlich auch die Frage des Anschlusses der durch Bulgarien kontrollierten slawischen Gebiete aufgeworfen.

* * *

Die Gegensätze, die sich im Laufe der gemeinsamen Vorbereitung des Krieges – als deren strategische und taktische Detailprobleme – zwischen den führenden Kreisen Deutschlands, Österreichs und Ungarns zeigten, hatten sich bis zum Zeitpunkt der Ermordung des Thronfolgers nicht klären lassen; sie wurden in der Kriegskrise des Sommers 1914 auf eingenartige Weise wieder aufgeworfen und schließlich gelöst.

Die Nachricht über die Ermordung des Thronfolgers Franz Ferdinand und seiner Gemahlin langte noch am gleichen Tage – am 28. Juni – frühnachmittags in Wien und Budapest ein. Das persönliche Schicksal des in den Massen des Volkes und selbst in namhaften Kreisen seiner eigenen Klasse

[38] Österreich-Ungarns Außenpolitik, Band VII, Nr. 8779, S. 401.
[39] Ebenda, S. 402.

verhaßten Thronfolgers entlockte nicht viele Tränen. Wie Graf Czernin der ihm nahestand berichtet: „Viele der Kleinen und Kleinsten haben wie befreit von einem Alp aufgeatmet, als sie die Kunde von seinem Tode erhielten. Am Wiener Hofe und in der Budapester Gesellschaft hat es mehr freudige als Leidtragende gegeben".[40] Ähnliches wußte der französische Generalkonsul in Budapest d'Apchier le Maugin über die Stimmung der ungarischen Hauptstadt zu berichten.[41] All dies hinderte weder die führenden Politiker daran die politische Ausnutzung des Attentates zu erwägen, noch die Presse der Bourgeoisie mit ihren Hetzartikeln die öffentliche Meinung zu schüren.

Conrad, der Chef des Generalstabes, sah im Attentat von Sarajewo einen ausgezeichneten Anlaß für den Angriff gegen Serbien. Seiner Auffassung nach habe man diesen Mordanschlag als eine Kriegserklärung Serbiens zu deuten und ohne jedwede diplomatische Vorbereitung sogleich zu mobilisieren und loszuschlagen. Durch das rasche Überrennen des unvorbereiteten Serbiens, könne man die Großmächte vor eine vollendete Tatsache stellen. Dann erst sollte die Diplomatie das Wort ergreifen und die größeren Verwickelungen beilegen. Der Herrscher und der Außenminister Berchtold waren anderer Meinung. Auch sie wollten das Attentat zu militärischen Abrechnung mit Serbien benutzen, hielten aber eine diplomatische Vorbereitung besonders die vorherige Sicherung des Einverständnisses und der Unterstützung seitens der Deutschen für unerläßlich.

Der Gedanke der Abrechnung mit Serbien erfüllte die führende Klasse Österreichs ebenso wie jene Ungarns und die gesamte bürgerliche Presse spiegelte diese Stimmung. Die Budapester Regierungblätter schrieen, zusammen mit den Organen der Bourgeoisie-Grundbesitzer-Opposition nach Rache. „Der wilde Chor der Hetze zum Massen- und zum Völkermord, zum Krieg, brüllt immer lauter" – schrieb die sozialdemokratische „Népszava", die damals noch gegen die Strömung schwamm.[42]

Das Attentat und die kriegerische Stimmung der führenden Klasse brachten zunächst Tiszas Ausgangspunkt nicht ins Wanken, das der günstige Zeitpunkt eines Krieges gegen Serbien erst später eintreten werde, nachdem auf dem Balkan schon günstigere Kräftegruppierung erreicht sei. Die Nachricht über das Attentat erhielt er auf seinem Besitztum in Geszt. Einige Jahre später schrieb er in einem Brief: „Nach dem Mord in Sarajewo fiel es mir gar nicht ein daß darüber ein Krieg ausbrechen müsse."[43] Über die Pläne von Berchtold und Conrad wurde er am 30. Juni in Wien unterrichtet und richtete Tags darauf eine Denkschrift an den Monarchen, in der er sich gegen sie verwehrte. Er brachte seine Besorgnis zum Ausdruck, da „wir bisher keine genügenden Anhaltspunkte haben, um Serbien verantwortlich machen zu können". Aber vor allem, schreibt er, „halte ich diesen Zeitpunkt, wo wir Rumänien so gut wie verloren haben, ohne einen Ersatz dafür bekommen zu haben, und der einzige Staat auf den wir rechnen können, Bulgarien, erschöpft ist, überhaupt für einen recht ungünstigen. Bei der jetzigen Balkanlage wäre es mein geringster Kummer einen passenden Casus belli zu finden. Ist einmal der Zeitpunkt zum Losschlagen gekommen, so kann man aus den verschiedenen Fragen einen

[40] Czernin: Im Weltkriege, S. 63.

[41] Olivér Eöttevényi: Franz Ferdinand (Ferenc Ferdinánd), Budapest, 1942, S. 365.

[42] Népszava, 1. Juli 1914, Leitartikel.

[43] Graf István Tisza: Sämtliche Werke (Összes munkái) VI. Band, Budapest, 1937, S. 346. Datum des Briefes: 25. Januar 1918.

Kriegsfall aufrollen. Vorerst muß jedoch eine diplomatische Konstellation geschaffen werden, welche das Kräfteverhältnis weniger ungünstig für uns gestaltet".[44]

Berchtold und der Monarch nahmen den Bericht Tiszas zur Kenntnis, ließen sich aber in ihrem Vorhaben nicht stören und wollten sich – während sie darauf warteten, daß die Untersuchung des Attentates Beweise für die Verantwortlichkeit der Behörden und Regierung Serbiens liefere um ihr Auftreten zu legitimieren – vor allem der Unterstützung des deutschen Kaisers und der deutschen Regierung bei ihrer Aktion gegen Serbien vergewissern. Die noch vor dem Attentat verfasste Denkschrift über die Balkanpolitik wurde jetzt an Kaiser Wilhelm mit einem Briefe Franz Josefs übergeben, der keine Zweifel über die Absichten der Wiener Regierung ließ. Franz Josef betonte darin, daß sich die in der beigeschlossenen Denkschrift dargestellte Politik nur dann verwirklichen ließ, wenn Serbien „als politischer Machtfaktor am Balkan ausgeschaltet wird. Auch Du wirst nach der jüngsten furchtbaren Geschehnissen in Bosnien die Überzeugung haben, daß eine Versöhnung des Gegensatzes, welcher Serbien von uns trennt, nicht mehr zu denken ist".[45] Der Berliner Botschafter der Monarchie berichtete in seinen Rapporten, daß ihn der deutsche Kaiser sowie die Leiter der deutschen Regierung – der Kanzler Bethmann-Hollweg, Staatssekretär Zimmermann (Außenminister) usw. – der erwarteten Unterstützung versichert hätten.[46] Ähnliches sagt auch die spätere schriftliche Antwort Kaiser Wilhelms, in der er die Monarchie seiner Unterstützung in der Aktion gegen Serbien versichert, seine Zustimmung zur Angliederung Bulgariens an den Dreibund gibt und erklärt, die entsprechenden Anweisungen an seine Gesandten erlassen zu haben. Gleichzeitig verweist er auf die fortbestehende Bedeutung Rumäniens: „Ich habe gleichzeitig besonders betonen lassen, daß ich den größten Wert auf die Erhaltung der bisherigen vertrauensvollen Beziehungen zu Rumänien lege, die auch bei einem eventuellen Anschluß Bulgariens an den Dreibund keinerlei Beeinträchtigung zu erleiden brauchen würden".[47]

Die militärischen und politischen Leiter Deutschlands sahen jetzt – anders als während der Balkankriege – die Zeit zur Entfesselung des Krieges für gekommen. Die Vorbereitung der Armee war beendet, während die russische und die französische Armee noch nicht vollkommen aufgerüstet war. Auch die Ausarbeitung der Pläne bezüglich der Umstellung des Hinterlandes waren abgeschlossen.[48] Daneben rechnete die deutsche Diplomatie mit einer Möglichkeit der Neutralisierung Englands. Daher wollte man mit der Entfesselung des Krieges nicht zuwarten. Man begnügte sich nicht mit den eindeutigen Erklärungen des Kaisers und der Leiter der Regierung, sondern wies den Wiener Gesandten Tschirschky an, auf ein energisches Auftreten gegen Serbien zu drängen und es anzuregen. Tisza erfuhr schon am 6. Juli von der Stellungnahme des deutschen Kaisers und der deutschen Regierung.

[44] Österreich—Ungarns Außenpolitik, VIII. Nr. 9978.

[45] Ebenda, Nr. 9984, S. 252. Tisza kannte nicht nur die Denkschfrift, sondern auch den Text des Briefes des Monarchen. Die Veränderungen, die er vorschlug, betrafen nur die Schärfe der Formulierung ohne das Wesen zu berühren. Ebenda, Nr. 10070, S. 315.

[46] Ebenda, Nr. 10039, S. 295; Nr. 10058 S. 306—307.

[47] Ebenda, Nr. 10262 S. 443.

[48] DZA, Potsdam. Reichskanzlei, Militärsachen 4, Band 4, Nr. 1268. Besondere Aufmerksamkeit verdient unter den diesbezüglichen Geheimdokumenten das vom 23. April 1914, mit einem detaillierten Plan über der Versorgung der Bevölkerung im Falle eines Krieges.

Berchtold unterrichtete ihn auch über das drängende Auftreten Tschirschkys: „Soeben verläßt mich Tschirschky, der mir mitteilte, ein Telegram aus Berlin erhalten zu haben, wonach sein Kaiserlicher Herr ihn beauftragt, hier mit allem Nachdruck zu erklären, daß man in Berlin eine Aktion gegen Serbien erwarte, und daß es in Deutschland nicht verstanden werden würde, wenn wir die gegebene Gelegenheit vorüber gehen ließen, ohne einen Schlag zu führen.[49] Tisza hielt damals noch an seinem Standpunkt fest und auch Tschirschky meldet am 10. Juli, daß sich Berchtold über Tisza beklagte, der das energische Auftreten erschwere.[50] Tisza beharrte aber noch immer bei seiner alten Konzeption, daß man nämlich mit dem Krieg noch zuwarten müsse, da es nicht vorteilhaft wäre, ihn derzeit zu entfachen. Diesen Standpunkt setzte er im gemeinsamen Ministerrat am 7. Juli in Wien und in seiner Denkschrift an den Herrscher tags darauf auseinander, in der er das Wesen seiner Ausführungen mit folgenden Worten zusammenfaßte: „Ich resumiere das bisher Gesagte dahin, daß ein unserseits provozierter Krieg wahrscheinlich unter sehr ungünstigen Bedingungen durchgefochten werden müßte, während eine Verschiebung der Abrechnung auf spätere Zeit, wenn wir diese Zeit diplomatisch gut ausnützen, eine Besserung der Kräfteverhältnisse hervorrufen würde".[51] Die ungarische Regierung nahm den Standpunkt Tiszas zustimmend zur Kenntnis und ermächtigte ihn, „den laut § 8 des XII. Gesetzartikels vom Jahre 1867 gesicherten Einfluß des Ungarischen Ministeriums auf der seinerseits genannten prinzipiellen Grundlage und in ihrer Richtung geltend zu machen".[52] Einige Tage lang hielt sich Tisza auch daran.[53]

Auch Tisza erachtete ein energisches diplomatisches Auftreten und die Vorlegung harter Bedingungen für geboten, aber vorläufig kein Auftreten, das undebingt zu einem Kriege führen mußte. Da aber auch die seinerseits vorgeschlagenen „harten Forderungen" zu einem Krieg führen konnten, betonte er im gemeinsamen Ministerrat am 7. Juli in Wien: „Nehme man unsere Forderungen aber nicht an, so würde auch er für eine kriegerische Aktion sein, müsse aber schon jetzt betonen, daß wir mit einer solchen zwar die Verkleinerung, nicht aber die vollständige Vernichtung Serbiens bezwecken dürften, weil einerseits diese von Rußland ohne einen Kampf auf Leben und Tod nie-

[49] Österreich-Ungarns Außenpolitik, VIII. Nr. 10145 S. 370. Über das Verhalten Tschirschkys berichtet auch Andrássy ähnlich: „Nachdem wir das serbische Problem aufgeworfen hatten, strebte Botschafter Tschirschky, wie er mir später erzählte, uns zu einer energischen Aktion anzuspornen und ließ uns fühlen, daß Österreich-Ungarn in Berlin seinen Wert als Verbündeter verlore, wenn es nicht imstande wäre die serbische Frage zu lösen. Der deutsche Kaiser und der Kanzler waren der Ansicht, daß ein rasches militärisches Auftreten am vorteilhaftesten wäre". [Diplomatie und Weltkrieg (Diplomácia és világháború) S. 45].

[50] Die deutschen Dokumente zum Kriegsausebruch. Band I. S. 50; siehe noch: Asquit: The Genesis of the War, London, 1923. S. 170.

[51] Österreich-Ungarns Außenpolitik VIII. Nr. 10146, S. 372.

[52] Protokoll des Ministerrates vom 9. Juli 1914 (Ungarische Ministerratsprotokolle aus dem ersten Weltkrieg (Magyar miniszterтai ácsi jegyzőkönyvek az első világháború korából), Budapest, 1960, S. 59) — § 8 des XII. Gesetzartikels vom Jahre 1867 sagt aus:"... die diplomatische und Handels-Vertretung des Reiches nach dem Ausland und die in bezug auf internationale Abkommen eventuell notwendigen Maßnahmen gehören — *im Einklang mit den Ministerien der beiden Seiten und vorbehaltlich der Zustimmung derselben*, zu dem Aufgabenkreis des gemeinsamen Außenministers". (Corpus Iuris Hungarici — Hervorhebung durch den Verfasser.)

[53] Die Tatsachen widerlegen die in der ausländischen Literatur ziemlich verbreitete Auffassung, die opponierende Einstellung Tiszas sei darauf zurückzuführen, daß er des Verhaltens der Deutschen nicht sicher war. Darüberwar er sich seit dem 6. Juli schon eindeutig im klaren und hielt trotzdem bei seinem Standpunkt aus. Er warf es im Minsterrat vom 7. Juli sogar vor, daß diese Angelegenheit in Berlin bereits abgemacht sei.

mals zugegeben werden könnte und weil auch er als ungarischer Ministerpräsident es niemals zugeben könnte, daß die Monarchie einen Teil von Serbien annektiere,"[54] Die anfängliche Stellungnahme Tiszas gegen den Krieg läßt sich doch nicht einfach damit erklären, daß er sich vor einer Annexion Serbiens gefürchtet habe. Das Wesen seines Standpunktes lag darin, daß er den Krieg gerne bis zu einer günstigeren Gruppierung der Kräfteverhältnisse auf dem Balkan verschoben hätte. Diese günstigere Gruppierung, in der Bulgarien eine zentrale Position einnahm, hätte auch gegen die Annexion Serbiens mehr Sicherheiten geboten. Seine Scheu vor der Annexion Serbiens hat also gewiß zum Verhalten Tiszas beigetragen, war aber doch nicht das Entscheidende für seine Konzeption. Tisza sieht das Hauptproblem darin, daß bei einem, im gegebenen Augenblick entfesselten Kriege, als Bulgarien noch nicht fest auf der Seite der Zentralmächte steht, das Behalten Rumäniens oder zumindest seine Neutralisierung zu größter Bedeutung gelangen muß. Tisza befürchtet, daß dazu – da man Rumänien noch nicht mit Bulgarien drohen kann – territoriale Zugeständnisse in Siebenbürgen werden herhalten müssen und daß sich Ungarn dabei – in Hinblick auf die gemeinsamen Kriegsinteressen – dem deutschen und österreichischen Druck nicht wird entziehen können. Dies war das grundlegende Moment für die anfängliche Zurückhaltung Tiszas.

Diesen Standpunkt änderte er zwischen dem 10. und dem 14. Juli. In einem, einige Tage später geschriebenen Brief begründete er dies damit: „Die Ergebnisse der Recherchen, die die Mitschuld der serbischen Regierung bewiesen sowie die unerhört provozierenden, die Monarchie verspottenden und geringschätzenden Erklärungen Pasics, der serbischen Diplomaten und der gesamten serbischen Presse waren es, die mich überzeugten, daß wir gegen Serbien auftreten müssen."[55] Diese selbstrechtfertigende Behauptung Tiszas hält der Wahrheit nicht stand. Gerade in diesen Tagen war das vertrauliche Telegramm des Sektionsrats Wiesner aus Sarajewo in Wien eingetroffen, das auch Tisza zur Kenntnis gebracht wurde: „Mitwissenschaft serbischer Regierungsleitung an Attentat oder dessen Vorbereitung und Beistellung der Waffen durch nichts erwiesen oder auch nur zu vermuten. Es bestehen vielmehr Anhaltspunkte, dies als ausgeschlossen anzusehen".[56] Demnach hatte Tisza – ganz im Widerspruch zu seiner Behauptung – in diesen Tagen erfahren, daß aus den Recherchen keine Beteilung der serbischen Regierung an dem Attentat hervorging. Die serbische Presse polemisierte tatsächlich scharf mit den Zeitungen der Monarchie, aber es widerspricht den Tatsachen, daß offizielle serbische Kreise in diesen Tagen einen provozierenden Ton angeschlagen hätten. Der Gesinnungswechsel Tiszas hatte also einen anderen Grund. In diesen Tagen erfuhr es die ihm bisher unbekannten Umstände die für die Deutschen maßgebend waren den gegebenen Zeitpunkt als den denkbar günstigsten zu betrachten.[57] Diese überzeugten Tisza von der Haltlosigkeit seiner Zukunftsberechnungen, denn wenn es auch gelingen würde, innerhalb einiger Jahre eine vorteilhafte Kräfteverschiebung auf dem Balkan zu erreichen – durch die die führende Klasse Ungarns sowohl in der Frage der Zugeständnisse an Rumänien als auch der Annexion Serbiens gesichert wäre –, gleichzeitig im Kräfte-

[54] Österreich-Ungarns Aubenpolitik VIII. Nr. 10118. S. 344.

[55] Tisza: Sämtliche Werke (Ö. M.), Band VI, S. 346—347.

[56] Österreich—Ungarns Außenpolitik VIII. Nr. 10252. S. 436.

[57] Siehe den Bericht des Berliner Gesandten Szögyény vom 12. Juli. Ebenda, Nr. 10215, S. 407—409.

verhältnis der Großmächte eine bedeutend größere Verschiebung zu Lasten der Zentralmächte eintreten würde, was auch für die ungarische führende Klasse verhängnisvoll werden konnte. Tisza der bisher hauptsächlich mit den Formels des Balkans gerechnet hatte, überschlug nun seine Kalkulationen auf Grund der Großmachtsverhältnisse, was nun auch ihn zu einem Anhänger des baldigsten Kriegsausbruchs machte. Am 14. Juli können Berchtold dem Monarchen und Tschirschky an die deutsche Regierung übereinstimmend melden: „Graf Tisza hat die Bedenken, welche er gegen ein kurzfristiges Ultimatum vorgebracht hatte, aufgegeben".[58] „Ich habe mich schwer entschlossen, meinte der Minister, zum Kriege zu raten, bin aber jetzt fest von dessen Notwendigkeit überzeugt, und ich werde mit aller Kraft für die Größe der Monarchie einstehen."[59]

Der gemeinsame Ministerrat vom 19. Juli akzeptierte das an Serbien abzusendende, unerfüllbare und somit provozierende Ultimatum, an dessen Abfassung auch der ungarische Ministerpräsident beteiligt war. Gleichzeitig kam er auch dem Wunsche Tiszas nach und erklärte beschlußmäßig, daß „die Monarchie . . . nicht die Einverleibung des Königreiches beabsichtigt. Natürlich sollen strategisch notwendige Grenzberichtigungen sowie die Verkleinerung Serbiens zu Gunsten anderer Staaten sowie eventuell notwendige vorübergehende Besetzungen serbischer Gebietsteile durch diesen Beschluß nicht ausgeschlossen werden".[60]

Das anfängliche Schwanken und die spätere Auskristallisierung des festen Standpunktes Tiszas und der ungarischen Regierung spiegelte sich auch im, ungarischen Parlament und in der Regierungspresse. Am 8. Juli hielten die führenden Politiker der Bourgeoisie-Grundbesitzer-Opposition in der Form von Interpellationen säbelklirrende Reden im Parlament. Nach Andrássy habe die Regierung die serbisch-nationalistische Bewegung „mit Handschuhen" behandelt. Rakovszky, der Wortführer der Katholischen Volkspartei, forderte eine „energische Note". Die Antwort Tiszas ist zu dieser Zeit noch beschwichtigend.[61] In diesen Tagen mässigte – auf Anweisung der Regierung – auch die Regierungspresse ihren Ton. Wie der französische Generalkonsul in Budapest am 11. Juli berichtete: „Die Regierungsblätter haben ihre Stimme mit einem Ton und dann noch mit einem Ton herabgestimmt". Doch fügte er hinzu: „Ihr anbefohlener Optimismus blieb ohne Widerhall; die Nervosität der Börse, dieses Barometers, den man berücksichtigen muß, liefert den nachdrücklichen Beweis dafür".[62] Die Börse zeigte also an, daß sich die ungarische Bourgeoisie zum Kriege bereitet. Die beschwichtigende Parlamentsrede Tiszas vom 8. Juli ist auch im englischen Baluebuch registriert.[63] Eine Woche später interpellierten die Führer der Opposition wieder in ähnlicher Tonart, aber die Antwort Tiszas war nicht mehr die gleiche wie in der Woche vorher. Einem Interpellanten gegenüber, „der sagte, unsere wirtschaftliche Lage nicht so wäre, daß wir Krieg führen könnten", und der erkläter

[58] Ebenda, Nr. 10272 S. 448.

[59] Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch. S. 74 Siehe noch: Asquith: The Genesis of War, S. 170—171. An den Rand dieses Berichtes schrieb der Kaiser: „na, doch mal ein Mann" (ebenda).

[60] Österreich—Ungarns Außenpolitik VIII. Nr. 10393 S. 514.

[61] Journal des Abgeordnetenhauses, 8. Juli 1914.

[62] Das französische Gelbebuch. Die Dokumente des Weltkrieges (A világháború okiratai), Band VIII, S. 38.

[63] Das englische blaue Buch, ebenda, Band II. S. 7.

„er wolle dort kein ungarisches Blut fließen sehen", betont Tisza jetzt: „Der Krieg ist eine traurige ultima ratio . . ., zu der man aber naturgemäß auch fähig sein muß, die man imstande sein muß auch zu wollen".[64] Der Ton der Regierungspresse kehrte stufenweise wieder auf den hetzenden Ton der ersten Krisentage zurück. Bei der Anmeldung des Ultimatums kam es dann zum vollen Einverständnis zwischen der Bourgeoisie-Grundbesitzer-Regierung und ihrer Bourgeoisie-Grundbesitzer-Opposition in der Frage des imperialistischen Krieges.

Diese schwankende Stellungsnahme Tiszas wurde – als der Krieg schon verloren schien – von ihm selbst und nach dem Verlust des Kriegs von den Historikern und Publizisten des konterrevolutionären Systems dahin ausgelegt, als hätte sie die kriegsfeindliche Politik Tiszas oder der ungarischen führenden Klassen zum Ausdruck gebracht. Die Tatsachen jedoch, die aus den grundlegenden Dokumenten hervorgehen, widerlegen diese Einstellung. Tisza – als der Vertreter der ungarischen führenden Klasse – rüstete zum imperialistischen Krieg und wollte ihn. In den ersten Tagen der Krise hielt aber der ungarische Ministerpräsident den gegebenen Zeitpunkt für ungünstig. Darum – und nicht etwa aus prinzipiellen Gründen – widersetzte sich Tisza eine Zeitlang dem damaligen Ausbruch des imperialistischen Krieges. Graf Czernin hat den Standpunkt des ungarischen Ministerpräsidenten auch richtig gedeutet: „Im Jahre 1914 war Tisza gegen den Krieg, jedoch nicht aus irgendwelchen pazifistischen Gefühlen heraus, die von seiner Persönlichkeit ziemlich ferne standen, sondern deshalb, weil er es gerne gesehen hätte, daß unser Bündnis mit Bulgarien vor der entscheidenden Wendung schon fertig gewesen wäre; deshalb wünschte er, die endgültige Lösung des serbischen Problems noch eine Zeitlang hinauszuschieben . . . wenn er es wirklich ernst und entschlossen gewollt hätte, wäre das Ultimatum niemals nach Belgrad gesandt worden".[65]

Den Weltkrieg der Jahre 1914/18, der auf dem Boden des imperialistischen Systems zustande kam, haben „die Regierungen und Bourgeoisie-Parteien sämtlicher Länder seit Jahrzehnten vorbereitet".[66] An der Vorbereitung und Entfachung waren auch die großgrundbesitzenden und großkapitalistischen führenden Klassen Ungarns beteiligt, die unser Volk in einen Krieg verstrickten, „der zu entscheiden hatte, ob die englische oder deutsche Gruppe der geldgierigeren Banditen die größere Beute erhalten sollte".[67] Damit brachten sie furchtbaren Qualen und Leiden über unser Vaterland. Das pragmatische Studium des „Tisza-Problems" führt keineswegs zu einem Freispruch der ungarischen Großgrundbesitzer- und Großkapitalistenklassen von der Kriegsschuld, wie dies von den Historikern und Publizisten der konterrevolutionären Ära dargestellt wurde. Im Gegenteil es unterstreicht die Verantwortung dieser Klassen und Politiker in der Heraufbeschwörung und Entfesselung des Krieges.

Das Studium dieses Problems wirft auch – unter vielem anderen – ein Licht auf die Tatsache, daß für den Ausbruch des Weltkrieges nicht die Balkanfrage den Ausschlag gab, sondern der imperialistische Gegensatz zwischen den deutschen Weltherrschaftsbestrebungen und den englischen und französischen Anstrengungen zur Erhaltung und Ausbreitung ihrer Märkte. Die

[64] Journal des Abgeordnetenhauses, 15. Juli 1914.

[65] Graf Ottokar Czernin: Meine Erinnerungen an Graf István Tisza (Emlékeim Tisza István grófról), Budapest, 1929, S. 4.

[66] Lenins Werke, Band 21, Budapest, 1955, S. 13

[67] Ebenda, Band 22, Budapest, 1951, S. 197.

Balkanaffaire war der Vorwand für den Ausbruch des Krieges. Auch der Beginn des Weltkriegs, der Zeitpunkt des Kriegsausbruchs folgte nicht aus den Verhältnissen auf dem Balkan. Wenn der Balkan auch schon seit Jahren ein Pulverfaß war , waren die Interessen der führenden Länder der beiden Mächtekoalitionen – Deutschlands, Englands und Frankreichs – im Jahre 1914 auf dem Balkan nicht kriegerisch zugespitzt. Der deutsche Imperialismus sah jedoch im Sommer 1914 – auf Grund der Kräfteverhältnisse der Großmächte – den Zeitpunkt zu dem Beginn des imperialistischen Krieges für gekommen, des Krieges zu dem sich die imperialistischen Gruppen schon seit Jahrzehnten gerüstet hatten.